

## Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland

Zapf, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zapf, W. (1999). Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland. *ZUMA Nachrichten*, 23(45), 23-31. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-208091>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

# SOZIALBERICHTERSTATTUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND<sup>1</sup>

WOLFGANG ZAPF

Das mir gestellte Thema habe ich leicht verändert: „Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik“ statt „Sozialindikatorenforschung“, um auch die Leistungen der ZUMA-Abteilungen Mikrodaten und ALLBUS und andere Aktivitäten in GESIS zu würdigen, wie es ja auch der Wissenschaftsrat in seiner Evaluation vor zwei Jahren getan hat. Sozialberichterstattung ist die aktive Form der in der GESIS-Satzung festgeschriebenen Aufgabe der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung: Man tut nicht nur Gutes, sondern berichtet und streitet auch darüber. Sozialberichterstattung mißt den sozialstrukturellen Wandel in zentralen Lebensbereichen und bewertet ihn anhand von Zielen, wie z.B. den Verfassungsgrundsatz der Schaffung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ in allen Teilen der Bundesrepublik. Gemäß diesem Ziel, das in den letzten Monaten die Bewertung der deutschen Vereinigung beherrscht hat, haben sich die materiellen Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland deutlich angeglichen, das subjektive Wohlbefinden hat sich leicht verbessert, aber in zentralen Werteinstellungen und Bewertungen von Institutionen (Freiheit versus Gleichheit, Vertrauen in die Demokratie, die soziale Sicherung und die öffentliche Sicherheit) bleiben erhebliche Differenzen. Zu diesen Themen hat ZUMA jüngst wichtige Beiträge geleistet und u.a. im ISI (dem sehr gelungenen Informationsdienst Soziale Indikatoren) veröffentlicht (vgl. Habich u.a. 1999).

Im folgenden möchte ich – auf einer etwas allgemeineren Ebene – zwei Themen ansprechen: erstens die Entwicklung wichtiger Wohlfahrtsbegriffe, d.h. von Wohlfahrtszielen und Wohlfahrtsmaßen, auf der theoretischen Seite (I) und zweitens die Entwicklung von Instrumenten der Sozialberichterstattung auf der praktischen Seite (II). Dabei will ich einen Zeitraum von etwa 30 Jahren behandeln, aber nicht länger als 30 Minuten sprechen.

---

<sup>1</sup> Vortrag zum 25. Geburtstag des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim, am 4.11.1999. Der Text beruht in Teilen auf einer längeren Fassung in Zapf 1999.

## I. Wohlfahrtsbegriffe

Die theoretische Diskussion um einen erweiterten Wohlfahrtsbegriff konzentrierte sich um 1970 auf die Konzepte der *Lebensqualität* und des *qualitativen Wachstums*. Parallel zu dem in der Wirtschaftswissenschaft entwickelten Programm des qualitativen Wachstums wurde für das politische System die Steuerung einer *aktiven Gesellschaftspolitik*, gesamtgesellschaftlich eine *aktive Gesellschaft* (Etzioni 1968) entworfen, mit einer erhöhten Beteiligung der Betroffenen, die aus ihren bloß passiven Rollen als Konsumenten, Sparer und Wähler heraustreten.

Das nächste Thema war *privater Reichtum und öffentliche Armut* im Sinne der schon früher von K. Galbraith geäußerten Kritik am künstlich erzeugten Bedarf des privaten Konsums auf Kosten öffentlicher Einrichtungen. Diese Kritik wurde um 1970 vorgetragen in der Theorie *öffentlicher Güter* (bis hin zu meritorischen, d.h. staatlich auferlegten Gütern) und der staatlich vorlaufenden Entwicklung der *Infrastruktur*. Als Mechanismen der Unterversorgung wurden u.a. die kurzfristigen Zeitpräferenzen der demokratischen Politik, der „Trittbrettfahreffekt“ im Verhandlungssystem der Großgruppen und der Ressortegoismus der Bürokratie ermittelt.

Obwohl die Ölkrisen von 1973 und 1979 die schlimmsten Befürchtungen der Wachstumskritiker zu bestätigen schienen, ist die Entwicklung in mehreren Schüben in andere Verzweigungen gegangen, die natürlich auch die Diskussionen um Wohlfahrt und Lebensqualität beeinflusst haben. Die Ölkrisen erwiesen sich als politisch produziert, nicht als die Erschöpfung von Ressourcen, und sie konnten marktwirtschaftlich überwunden werden.

Das weitere Wachstum der OECD-Länder hat die Stagnationstheorien in den Hintergrund treten lassen. Mit der Wirtschaftsentwicklung wuchs erneut der private Wohlstand und die vielfältigen Prozesse, die als *Individualisierung* und *Pluralisierung* die industriegesellschaftliche Klassenstruktur verändert haben. Der Ausbau der materiellen Infrastruktur, des Bildungssystems, insgesamt des Wohlfahrtsstaates ließen die Kritiker an der öffentlichen Armut verstummen oder dieses Phänomen als ein amerikanisches Sonderproblem erscheinen. Ökologische Innovationen erlaubten die Vorstellung, die „ökologische Frage“ könne schrittweise ebenso erfolgreich geregelt werden wie früher schon die „soziale Frage“.

Nach wie vor gab es eine intensive Diskussion und eine umfangreiche Forschung zu Fragen der Lebensqualität. Aber in gewisser Weise hatte sich das Konzept selbst individualisiert. Lebensqualität wurde zunehmend als *individuelle Wohlfahrt* (well-being) konzipiert (vgl. Argyle 1996), die wesentlich nicht nur von guten *objektiven Lebensbedingungen*, sondern auch vom *subjektiven Wohlbefinden* bestimmt ist. „Lebensqualität muß

letztlich von den Betroffenen wahrgenommen werden“ (is in the eye of the beholder, A. Campbell 1972: 422).

Ich will allerdings kein allzu idyllisches Bild der Wohlfahrtsforschung der 1980er Jahre zeichnen. Die Vorstellung, nach den Problemen des *Lebensstandards* seien auch die Probleme der *Lebensqualität* ihrer Lösung nahe, und die postmoderne Vielfalt der *Lebensstile* nähme nun eine Schlüsselrolle in der Wohlfahrtsforschung wie auch in der Ungleichheitsforschung ein, hat sich nicht allgemein durchgesetzt, und zu Beginn der 1980er Jahre hat es eine heftige Auseinandersetzung um die „Krise des Wohlfahrtsstaats“, die „neue Armut“ und die „Sozialdemontage“ gegeben, die zum Teil dieselben Begriffe und Argumente verwendet hat, wie wir sie heute wieder hören, obwohl sich z.B. von 1980 bis 1990 die Sozialausgaben real (1985=100) um fast 100 Milliarden DM, das sind 15 Prozent erhöht haben.

Heute befinden wir uns erneut inmitten heftiger Kontroversen um die Wohlfahrt der Bürger und um die „soziale Gerechtigkeit“. Ganz offensichtlich ist der Zusammenhang, daß Verteilungsfragen um so wichtiger werden, je unsicherer Gewinne aus Wachstum sind. Diese Kontroversen oder Diskurse werden in mehreren Zusammenhängen geführt, so z.B. um die Themen weitergehende Modernisierung versus zweite Moderne, Ende des Wohlfahrtsstaates, Standort- und Innovationskrise.

Was sind die neuen, heute diskutierten Wohlfahrtskonzepte und Wohlfahrtsmaßstäbe? *Nachhaltige Entwicklung* wie auch *Human Development* werden als weltweite Programme auf der Ebene der Vereinten Nationen propagiert. Dabei ist nachhaltige Entwicklung eine modernisierte Version des qualitativen Wachstums, die von dem Problem ausgeht, daß wir national und international weiterhin Wachstum brauchen, daß dieses aber so gestaltet sein muß, daß die Lebensgrundlagen künftiger Generationen erhalten bleiben. Das Konzept kann auch auf subnationaler Ebene (z.B. für Firmen und Organisationen) angewendet werden. Gegenbegriffe wären Nullwachstum, Verzicht, Askese, Umverteilung.

Human Development hat durch die jährlichen Reports des United Nations Development Program eine große Verbreitung erhalten. Es ist gegenwärtig das anspruchsvollste und weitreichendste Wohlfahrtskonzept. Grundidee ist die Steigerung der Wahlmöglichkeiten des einzelnen, der Qualität des menschlichen Lebens. Das geht über die Entwicklung der Humanressourcen und wohlfahrtsstaatlichen Programme hinaus, die die Menschen eher als Empfänger denn als Gestalter von Leistungen betrachten. Theoretisch umfaßt Human Development deshalb neben *Produktivität*, *Gleichheit* und *Nachhaltigkeit* auch *Gestaltungsmöglichkeit* (empowerment). Empirisch werden (1997) alle 174 Nationen der Welt mit Hilfe eines Human Development Index vermessen. Die Human Development Reports und der HDI sind bei aller Kritik die Einlösung von zwei zentralen Forderungen der

Sozialberichterstattung, nämlich der internationale Vergleich und die Präsentation eines zusammenfassenden Indikators jenseits des Bruttosozialprodukts. Die Bundesrepublik lag übrigens 1997 auf Platz 14 hinter 13 anderen OECD-Ländern.

Auf der Mikroebene verfolgt das Konzept des *Personal Development* ein ähnliches Ziel (vgl. Lane 1996), nämlich Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden mit Gestaltungs- und Wachstumsmöglichkeiten (Aneignungsqualitäten) zu verbinden. Aber die Mikroperspektive muß mit der Makroperspektive zusammengebracht werden, insofern *personal development* an eine lebenswerte Gesellschaft - das Konzept der *Liveability* (vgl. Veenhoven 1997) - gebunden ist. In diesem Konzept geht es um die wichtigen Perspektiven des Institutionenvertrauens, der Zukunftszuversicht und der wahrgenommenen Sicherheit, ohne die auch gute Lebensbedingungen nicht stabil in subjektives Wohlbefinden umgesetzt werden können. Dies mag – wie eingangs erwähnt – manche Probleme im gegenwärtigen Deutschland, vor allem in Ostdeutschland, erklären.

Das Thema *Exklusion* bezeichnet innerhalb der Europäischen Union die aktuellsten Wohlfahrtsprobleme und die moderne Form von Ungleichheit: nicht mehr nur Abstand, sondern Ausschluß vom gesellschaftlichen Leben, nicht mehr nur Ausschluß durch Armut und Arbeitslosigkeit (d.h. durch Ressourcendefizit), sondern Ausschluß auch durch Diskriminierung und Verweigerung von Zugangschancen (vgl. Silver 1994).

Exklusion zerstört die Solidarität einer Gesellschaft, die Fairnessgrundlagen von Wettbewerb, die politischen Grundrechte auf Teilnahme und Integration. *Solidarität* und *Integration* können um so besser bewahrt, ausgebaut oder wiedergewonnen werden, je größer das *soziale Kapital* einer Gesellschaft ist, d.h. der Bestand an geteilten Normen und Werten, personalen Hilfebeziehungen und sozialen Netzwerken. Während *soziales Kapital* in der ursprünglichen Fassung (bei Bourdieu) als ein prinzipiell knappes und ungleich verteiltes Gut behandelt wurde, nämlich als „soziale Beziehungen“ im engen Sinn von vorteilsstiftenden Kontakten, wird es in den neueren Ansätzen (Coleman, Putnam) als prinzipiell vermehrbar und verteilbar dargestellt. *Soziales Kapital* erhöht zugleich die Kompetenz, soziale Probleme besser zu lösen: „...Ziviles Engagement und enge Sozialkontakte produzieren positive Ergebnisse - bessere Schulen, schnellere ökonomische Entwicklung, niedrigere Kriminalität, effektivere Verwaltung“ (Putnam 1995: 65f.).

Auf die Lösung eines ganz herausragenden Problems, nämlich der finanziellen und institutionellen Engpässe des Wohlfahrtsstaats, d.h. des Systems der sozialen Sicherung, konzentrieren sich die Beiträge zum *Wohlfahrtspluralismus* (vgl. Evers/Olk 1996). Ihr Grundgedanke ist, daß soziale Sicherheit nicht mehr allein von Markt und Staat garantiert werden kann, sondern daß dazu auch die Ressourcen der Zivilgesellschaft (das soziale Kapital, s.o.) aktiviert werden müssen, also die großen gesellschaftlichen Organisationen

ebenso wie die lokalen Gemeinden, Nachbarschaften und Familien. Durch Kombination der Leistungen dieser verschiedenen Institutionen, durch ein „portfolio of economies“ (R. Rose), soll die Überlastung einzelner Institutionen verhindert werden. Das praktische Beispiel ist heute die auf mehreren Säulen beruhende Alterssicherung.

## II. Instrumente der Sozialberichterstattung

In der Anfangsphase der Sozialberichterstattung um 1970 waren die folgenden Themen aktuell - und sie sind es zum Teil heute noch:

- Ausbau der amtlichen Sozialstatistik
- Ausbau der Umfrageforschung
- Analyse nationaler Zielsetzungen (national goals accounting)
- Sozialprognosen und gesamtgesellschaftliche Simulationssysteme
- Soziale Gesamtrechnungen

Demgegenüber war schon zu Beginn der 1970er Jahre bezweifelt worden, daß zwei andere Ziele mit der Sozialberichterstattung erreicht werden könnten, nämlich die wissenschaftliche *Ermittlung gesamtgesellschaftlicher Prioritäten* und die überzeugende *Evaluierung sozialpolitischer Interventionsprogramme*.

Die praktischsten Erfolge wurden seinerzeit bei der Entwicklung von Sozialindikatoren und Sozialberichten erzielt. *Sozialindikatoren* sind Statistiken, die sich durch mehrere Eigenschaften von üblichen Statistiken unterscheiden: sie sollen Leistungen messen, nicht Aufwendungen; sie sollen sich im wesentlichen auf die Wohlfahrt der Bürger beziehen, nicht auf die Aktivitäten von Behörden; sie sollen über Wandlungsprozesse informieren, das heißt in Form von Zeitreihen vorgelegt werden; sie sollen in einem theoretischen Kontext stehen, das heißt über ihre kausale Beziehung zum Indikaturniveau Klarheit herrschen. Von einigen Autoren wurde darüber hinaus die Entwicklung hoch-aggregierter Indikatoren propagiert, z.B. das Verhältnis von total learning force/total labour force.

Damals haben wir in Frankfurt und Mannheim das sogenannte SPES-Indikatoren-System entwickelt (vgl. Zapf 1978), das bis heute hier im ZUMA – inzwischen in einem international-vergleichenden EU-Projekt – fortgeführt wird und mehrere hundert Zeitreihen, im Idealfall von 1950-1999, umfaßt (vgl. Noll 1995).

*Sozialberichte* sind gesellschaftspolitische Analysen mit der klaren Fragestellung, ob sich die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden, und über individuelle Dimensionen hinaus, ob sich die Qualität der Gesellschaft verbessert haben. Das klassische Vorbild ist der amerikanische Regierungsbericht *Toward a Social Report*

(1969), der von Mancur Olson organisiert worden ist. „Unsere Idealvorstellung ist, daß soziale Indikatoren messen und daß ein Sozialbericht bewertet, was die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ausläßt“ (Olson 1969: 86/87). Dieser ambitionierte Bericht wurde nicht wiederholt, aber in mehreren Ländern wurden regelmäßige Sozialberichte etabliert. Die dichteste Folge liefern die seit 1970 erscheinenden *Social Trends* aus Großbritannien; mehrfach erschienen sind seit 1973 die französischen *Données sociales*, seit 1974 die *Social and Cultural Reports* der Niederlande, in den USA (dreimal, dann aber eingestellt) die *Social Trends in the United States*. Viermal sind in der Bundesrepublik *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation* erschienen.

Der Höhepunkt der Sozialberichterstattung schien Ende der 1970er Jahre überschritten zu sein, jedenfalls trat in den 1980er Jahren eine spürbare Flaute ein. Einige Autoren haben von der Veralltäglichen der Sozialberichterstattung in dem Sinn gesprochen, daß deren Ideen in den verschiedensten Einzeldisziplinen und Bindestrich-Soziologien umgesetzt worden sind, so daß es keiner besonderen „Sozialindikatorenbewegung“ mehr bedurfte: Auflösung durch Diffusion (vgl. Glatzer, in: J. Public Policy 1988). Von heute aus gesehen haben sich aber an anderen Stellen eine Reihe von vielversprechenden Entwicklungen ergeben, die dazu führten, daß die Sozialberichterstattung neuen Schwung erlangt und inzwischen beachtliche Erfolge erzielt. Heinz-Herbert Noll und ich haben in einem Artikel für das letzte ZUMA-Jubiläum 1994 einige dieser Entwicklungen zusammengefaßt. Unter den wichtigen Entwicklungen notieren wir zunächst die enorme Verbreitung von nationalen *Sozialberichten*, also Berichten auf Länderebene, die in der Regel von Ministerien, Planungsbehörden oder dem Statistischen Zentralamt herausgegeben werden. Die Ideen von Social Trends und Données Sociales haben sich also durchgesetzt. In der Bundesrepublik wird der Datenreport in zweijährigem Abstand vom Statistischen Bundesamt zusammen mit Sozialwissenschaftlern vom ZUMA und vom WZB herausgegeben, die mit Umfragedaten den zweiten Teil „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden“ bestreiten (vgl. Datenreport 1997).

Eine zweite Neubelebung ergibt sich auf der *supranationalen Ebene* internationaler Organisation, z.B. in den World Development Reports und in den Social Indicators of Development der World Bank, in den Publikationen von Eurostat und seit 1990, jährlich und viel beachtet, in den Human Development Reports des UNDP-Programmes. Auf der anderen Seite können wir vielfältige Aktivitäten auf *regionaler und lokaler Ebene* beobachten, z.B. statistische Kompendien für Regionen und Städte bzw. Sozialberichte und Entwicklungsberichte für diese subnationalen Einheiten.

Ein Bereich, in dem die Sozialberichterstattung in den letzten Jahren besonders deutliche Fortschritte gemacht hat, sind die auf *spezifische Bevölkerungsgruppen und spezifische*

*Lebens- und Politikbereiche* ausgerichteten Berichtssysteme. Wiederum H.-H. Noll vom ZUMA hat in einem Sammelband (1997) dieses Feld für die Bundesrepublik dargestellt.

In unserer Zwischenbilanz (Noll/Zapf 1994: 11-13) kamen wir zu einer Reihe von aktuellen Entwicklungstendenzen, die auch noch heute aktuell sind.

- Wichtig wird mittelfristig die *Sozialberichterstattung über die Transformation* derjenigen Länder bleiben, die einen Systemwechsel von Diktatur zu Demokratie und von Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft – zumeist mit großen Mühen – durchmachen.
- Zentral ist die Stärkung der *international vergleichenden Sozialberichterstattung*, wie sie schon früh in den 1970er Jahren von der OECD angestoßen wurde und wie sie heute sowohl amtlicherseits (z.B. von Eurostat) als auch von der Wissenschaft betrieben wird; ZUMA und GESIS spielen dabei eine führende Rolle. Das Eureporting-Projekt vom ZUMA und das Euromodul-Projekt des WZB (zusammen mit ZUMA) möchte ich hier ausdrücklich nennen.
- Methodisch sind die *Längsschnittanalysen* (Panelstudien, retrospektive Lebensverlaufsbefragungen, begleitende Entwicklungsstudien) Ressourcen, die die Sozialberichterstattung schon heute auf ein neues Niveau gebracht haben und deren Potential noch lange nicht ausgeschöpft ist. Neu hinzugekommen sind die deutlich verbesserten Beziehungen zur amtlichen Statistik, die ihre großen Datenbestände (Mikrozensus, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe u.a.) benutzerfreundlich und kostengünstig zur Verfügung stellt. Die ZUMA-Abteilung Mikrodaten hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.
- Methodisch und technisch stehen nach wie vor die Probleme auf der Agenda, überzeugende *synthetische (Wohlfahrts-)Indikatoren* und *Verfahren einer sozialen Gesamtrechnung* zu entwickeln. Insider erzählen, daß Jacques Delors immer wieder gefordert habe: Gebt mir zwei, drei zusammenfassende Indikatoren, mit denen ich das Bruttosozialprodukt korrigieren kann.
- Noch immer ungeküßt ist die Idee einer *prospektiven Sozialberichterstattung*. Dies meint Versuche, die verstreuten prognostischen Verfahren wie Szenariumstechniken und Projektionsmodelle, systematisch auszubauen, um neben die Retrospektiv- und Status quo-Beschreibung auch kontrollierte Prognosen oder Vergleiche alternativer Zukunftsentwürfe stellen zu können.

Meine Schlußbemerkung gilt der Beobachtung, daß die Sozialberichterstattung – und das ist auch gut so – heute mitten in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung steht: zwischen Bewahrung und Umbau unserer wohlhabenden modernen Gesellschaften. Auf der einen Seite wird gefordert, die Sozialberichterstattung habe auf die Gefahren hinzu-



weisen, die bei einem Abbau des Wohlfahrtsstaats drohen: Ungleichheit, Unterversorgung, Exklusion und Desintegration (so Joachim Vogel 1999, unser Freund von Statistics Sweden). Auf der anderen Seite sind *Ranking* und *Benchmarking* Konzepte, die zentrale Anliegen der Sozialberichterstattung praktisch werden lassen: den Leistungsvergleich und die Suche nach „der besten Praxis“ (vgl. Land 1996; Oliver 1996). Kritiker weisen diese Ansätze mit Gründen zurück, hier werde die in den 1970er Jahren (und natürlich auch im Sozialismus) gescheiterte Idee der gesellschaftlichen Steuerung und Planung wiederbelebt: als hänge es von den Machern und den Organisationen ab, was man erreichen könne und nicht von Sozialstruktur und langfristigen „Entwicklungspfaden“.

Ich halte es mit Richard Rose's „Lesson-Drawing“ (1993), im Untertitel: Learning across Time and Space. Man kann durch Vergleich manche Fehler vermeiden. Man kann manche wertvollen Ideen und institutionellen Regelungen übernehmen. Zahlreiche Organisationen, Institutionen, Verfahren sind *nicht* übertragbar. Zahlreiche Organisationen, Institutionen, Verfahren sind sehr unterschiedlich, erreichen aber ähnliche Ergebnisse. Diese Lektionen zu beherzigen, ist ein guter Ratschlag für die Sozialberichterstattung. Und übrigens auch für ZUMA, zu dessen 25. Geburtstag ich herzlich gratuliere.

### **Korrespondenzadresse**

*Prof. Dr. Wolfgang Zapf  
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin  
Tel.: 030/25491-384, Fax 030/25491-360*

### **Literatur**

Argyle, M., 1996: Subjective Well-being. S. 18-45 in: Avner Offer (Hg.), In Pursuit of the Quality of Life. Oxford: Oxford University Press.

Campbell, A., 1972: Aspiration, Satisfaction and Fulfillment. S. 441-466 in: Campbell Angus/Philip Converse (Hg.), The Human Meaning of Social Change. New York: Russell Sage.

Datenreport, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt (Hg.), 1994; 1997.

Etzioni, A., 1968: The Active Society. New York: The Free Press.

Evers, A./T. Olk (Hg.), 1996: Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Habich, R./Noll, H.-H./Zapf, W., 1999: Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau, Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 22: 1-6. ZUMA Mannheim.
- Human Development Report, 1990ff.: United Nations Human Development Programme. New York (jährlich seit 1990).
- Journal of Public Policy, 9(4), 1988: Symposium: Whatever Happened to Social Indicators?, darin Kommentar von Wolfgang Glatzer.
- Land, K. C., 1996: Social Indicators and the Quality of Life: Where do we stand in the Mid-1990s? In: SINET, February 1990: 5-8.
- Lane, R. E., 1996: Quality of life and quality of persons: A new role for government? S. 256-293 in: Avner Offer (Hg.), In Pursuit of the Quality of Life. Oxford: Oxford University Press.
- Noll, H.-H., 1995: The Digital Information System Social Indicators: A New Form of Presentation of the German System of Social Indicators. Statistical Journal of the United Nations, ECE 12: 369-378.
- Noll, H.-H., (Hg.), 1997: Sozialberichterstattung in Deutschland, Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Noll, H.-H./W. Zapf, 1994: Social Indicators Research: Societal Monitoring and Social Reporting. S. 1-16 in: I. Borg/P. Mohler (Hg.), Trends and Perspectives in Empirical Social Research. Berlin/New York: W. de Gruyter.
- Oliver, N., 1996: Art. Benchmarking. S. 359-364 in: International Encyclopedia of Business and Management. Vol. 1, London: Routledge.
- Olson, M., 1969: Toward a Social Report, US Department of Health, Education and Welfare. Washington.
- Putnam, R. D., 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. Journal of Democracy, 6,1: 65-78.
- Rose, R., 1993: Lesson-Drawing in Public Policy. A Guide to Learning Across Time and Space, Chatham, NJ.
- Silver, H., 1994: Social Exclusion and Social Solidarity: Three Paradigms. International Labour Review, 133, No. 5-6: 531-578.
- Veenhoven, R., 1997: Lebenszufriedenheit der Bürger: ein Indikator für die 'Lebbarkeit' von Gesellschaften? S. 267-293 in: H.-H. Noll (Hg.), Sozialberichterstattung in Deutschland. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Vogel, J., 1997: The Future Direction of Social Indicators Research. Social Indicators Research, 42: 103-116.
- Zapf, W., 1978: Angewandte Sozialberichterstattung: Das SPES-Indikatorensystem. S. 689-716 in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. N.F. Band 98, Berlin.

Zapf, W., 1999: Gesellschaftliche Wohlfahrt und Sozialberichterstattung. Erfahrungen und Möglichkeiten. S. 46-60 in: J. Gerhards/R. Hitzler (Hg.), *Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt. Westdeutscher Verlag: Opladen.